

Bericht des Büros der interparlamentarischen Aufsichtskommission über die Fachhochschule Westschweiz und die FH-GS

Sehr geehrte Grossratspräsidentinnen und -präsidenten der Kantone Freiburg, Waadt, Wallis, Neuenburg, Genf und Jura
Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte

Wir unterbreiten Ihnen den Bericht des Büros der interparlamentarischen Aufsichtskommission über die Fachhochschule Westschweiz und die FH-GS über das 2. Jahr, in dem unsere noch junge Kommission ihre Tätigkeit ausgeübt hat.

Das Büro setzt sich aus folgenden Grossrätinnen und Grossräten zusammen: Benoît Rey (FR), Jean-Albert Ferrez (VS), Marianne Guillaume-Gentil (NE), Janine Hagmann (GE), Anne Seydoux (JU) und die Unterzeichnete, Kommissionspräsidentin für das Jahr 2005.

1. Funktionieren der Kommission

Im vergangenen Jahr hat die Kommission über Feststellungen zu ihrem Funktionieren berichtet. Die Fragen und Bemerkungen von damals haben in Wirklichkeit noch nicht immer eine befriedigende Antwort erhalten.

Die Fragen, die bei unseren Verhandlungen aufgeworfen werden, reichen oft über die eigentliche Aufsicht hinaus und betreffen eher die Verwaltung der FHS, was ein Beweis für das Interesse, das die Delegierten der Kantone dem Schulbetrieb entgegenbringen, ist. In jeder unserer Sitzungen gibt es eine Fragestunde, damit diesem Bedürfnis entsprochen werden kann.

Die Verhandlungen drehen sich oft um die Organisation der FHS und die Zukunft der Hochschulen, insbesondere gemäss dem neuen Bundesgesetz, das in Vorbereitung ist.

Bei der Behandlung des Berichts der interparlamentarischen Aufsichtskommission über die FHS durch die betroffenen kantonalen Parlamente zeigte es sich im ersten Jahr, dass der Bericht in jedem Kanton verschieden behandelt wurde. Die kantonalen Verfahren sollten jedoch ermöglichen, dass dieser Bericht in jedem Grossen Rat vor der Budgetabstimmung behandelt werden kann, so dass die nötigen Informationen im Rahmen der Verhandlung über den Voranschlag gegeben werden können. Das entspricht dem Wunsch der Interparlamentarischen Kommission, und sie hat alles darangesetzt, um dieses Ziel zu erreichen, obwohl die Fristen sehr kurz sind.

2005 bekamen wir die konkreten Auswirkungen der Auswechslung der Delegierten infolge der kantonalen Wahlen zu spüren. Die Walliser und die Neuenburger Delegation wurden grösstenteils geändert, insbesondere die Vertreter im Büro (wir erinnern daran, dass sich dieses aus den Vorsteherinnen und Vorstehern der kantonalen Delegationen zusammensetzt). Die kontinuierliche Arbeit ist, wie wir es vorhergesehen hatten, schwierig; es besteht ein grosses Risiko, dass man dieselben Information mehrere Male geben muss, damit die neuen Kolleginnen und Kollegen sich so schnell wie möglich im Thema zurechtfinden und damit man eine gemeinsame Basis hat, von der aus man mehrere Bereiche vertieft behandeln und so der Aufgabe als Parlamentarier gerecht werden kann.

Beim Präsidium der interparlamentarischen Kommission wenden wir von 2006 an den Artikel der Vereinbarung an, wonach das Präsidium jedes Jahr wechselt. Marianne Guillaume-Gentil, Berichterstatterin der Neuenburger Delegation, wurde zur Präsidentin für 2006 gewählt, und als Vizepräsident steht ihr Jean-Albert Ferrez, Berichterstatter der Walliser Delegation, zur Seite.

Wir danken an dieser Stelle Anne-Catherine Lyon, Präsidentin der strategischen Ausschüsse, für die Mitteilungen, die sie uns bei jeder Sitzung macht.

Die Kommission dankt auch Marc-André Berclaz, Präsident der Führungsausschüsse, und Thierry Bregnard, Verantwortlicher für die Finanzen: Ihre Mitarbeit bei allen Sitzungen der Kommission und des Büros erleichtert unsere Arbeit sehr und stellt die Verbindung mit den strategischen Ausschüssen und den Führungsausschüssen her.

2. Sitzung vom 17. Januar 2005

Diese Sitzung war ganz der Information der Kommissionsmitglieder gewidmet.

1. Wir haben Christian Berger, Generalsekretär der CIIP (Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der Westschweiz und des Tessins) empfangen, er hat uns zusammen mit Marc-André Berclaz, Präsident der Führungsausschüsse der Fachhochschule Westschweiz, eine Information über den beruflichen Musikunterricht gegeben. Dieser Bereich gehört nämlich neuerdings zur Zuständigkeit der FHS.

Die Integration der Musik wird seit 2002, als eine Arbeitsgruppe zur Prüfung der Machbarkeit gebildet wurde, untersucht. Die verschiedenen Etappen können wie folgt zusammengefasst werden:

- | | |
|------------------------------|---|
| 1. Januar 2005: | Die Vereinbarung zur Übertragung wurde unterzeichnet. |
| Mitte 2005: | Das Gesuch um Anerkennung wurde beim BBT (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) oder bei der EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) eingereicht. |
| September 2005 : | Schaffung des «Bereichs Musik» |
| Oktober 2005 oder 2006 : | Beginn der Ausbildungen nach dem Bologna-System |
| Schuljahresbeginn 2006/2007: | das Musikstudium wird in die Fachhochschule Westschweiz aufgenommen |
| 1. Januar 2007: | Inkrafttreten des konsolidierten Finanzsystems |
| September 2005 : | Beginn des parlamentarischen Verfahrens |
| 2008: | Beginn der Übernahme der Finanzierung durch den Bund |

Es ist nicht vorgesehen, einen neuen Vereinbarungsentwurf für das Musikstudium zu erarbeiten. Es könnte sinnvoll sein, eine der beiden vorhandenen Vereinbarungen zu ändern, wahrscheinlich diejenige über die FH-GS, denn sie enthält bereits den Begriff «Bereich» («Sektor» im Text). Man kann noch anfügen, dass der Bereich der bildenden Künste darauf wartet, aufgenommen zu werden, und dass man ihn in die Überlegungen einbeziehen muss.

Herr Berclaz hat noch auf die grosse Schwierigkeit im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit hingewiesen: Der Finanzbedarf beträgt 25-30 Millionen Franken für 1200 Studierende. Man muss beim Finanzierungssystem auch berücksichtigen, dass eine bedeutende Zahl von ausländischen Studierenden an den Konservatorien eingeschrieben ist.

2. Das Bologna-System wurde von Martin Kasser, Vizepräsident der Fachhochschule Westschweiz vorgestellt, der die Einführung des Bologna-Systems mit mehreren Teams an der Fachhochschule Westschweiz koordiniert.

Die Bologna-Deklaration will «einen europäischen Raum für den Hochschulunterricht schaffen». Ein wesentlicher Grundsatz ist die Schaffung von lesbaren und vergleichbaren Diplomen. Das System zeichnet sich aus durch zwei Studiengänge, das Bachelor- und das Masterstudium; mit dem System wird auch ein Qualitätsmanagement eingeführt, und die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen soll verstärkt werden.

Die Schweiz hat das Bologna-System übernommen; dieser Grundsatz befindet sich in Artikel 4 des Bundesgesetzes. Die Einführung dieses Systems wird vom Bund, der EDK und von der Schweizerischen Konferenz der FHS-Direktoren koordiniert, damit eine besser abgegrenzte «Schweizer Hochschullandschaft» geschaffen wird.

Fragen und Bemerkungen folgten nach beiden Vorträgen, dank denen die Delegierten besser verstehen konnten, worum es bei dieser Problematik geht.

3. Sitzung vom 25. April 2005

Auf der Traktandenliste dieser Sitzung standen die Rechnung 2004, die ersten Richtlinien für den Voranschlag 2006 und eine Information über den Auftrag der FHS in der angewandten Forschung und Entwicklung (aF&E) auf den Gebieten Gesundheit, Soziales, Ingenieurwesen und Wirtschaft und Dienstleistungen. Wir haben mit Interesse vier Redner der Fachhochschule Westschweiz und der FH-GS gehört.

Rechnung

Wir weisen darauf hin, dass die Rechnung 2004 im Juni von den strategischen Ausschüssen angenommen wird, nach der Sitzung, in der die Kommission sie zur Kenntnis nahm; die Kommissionssitzung vom 5. September 2005 wird Gelegenheit bieten, auf dieses Thema zurückzukommen. Diese Planung war gewollt, um der Kommission zu ermöglichen, die provisorischen Versionen der Rechnung und des Voranschlags zur Kenntnis zu nehmen, bevor die strategischen Ausschüsse definitiv darüber entscheiden; so können gegebenenfalls den strategischen Ausschüssen noch eine Resolution oder ein Wunsch übermittelt werden.

In der Diskussion ging es vor allem über die Neuorganisierung der Studiengänge und über die Finanzierung der Kosten, die von den «ausländischen Studierenden» verursacht werden (man versteht darunter Studierende, die zum Zeitpunkt, an dem sie sich in einen Studiengang der FHS einschreiben, im Ausland wohnhaft sind; diese Studierenden sind besonders zahlreich an der Schule Lullier (GE), an der Agronomie-Ingenieure, Ingenieure für Landschaftsgestaltung und Ingenieure für Naturverwaltung ausgebildet werden). Man kann sich fragen, ob man nicht von den Herkunftsländern dieser Studierenden eine Beteiligung verlangen muss oder ob der Bund die Kosten übernehmen sollte.

Staatsrätin Anne-Catherine Lyon wies darauf hin, dass die Fachhochschule Westschweiz seit mehreren Jahren vom Bund verlangt, dass er die Kosten für die Aufnahme von ausländischen Studierenden übernimmt. Diese stellen zwar für die Schulen eine Bereicherung dar, sie bringen aber das System der Finanzierung der Hochschulen durcheinander. Es gibt Vereinbarungen mit den angrenzenden Ländern, die auf Gegenseitigkeit beruhen. Die Schule Lullier wird besonders bei Studierenden aus Südfrankreich und Nordafrika geschätzt; Frau Lyon meint, man sollte mit der DEZA (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit) diskutieren, damit diese sich im Rahmen der Entwicklungshilfe finanziell verpflichtet.

Um die Fachhochschule Westschweiz bei der Regelung der Probleme mit den Kosten, die von ausländischen Studierenden verursacht werden, zu unterstützen, hat die Kommission über eine Resolution für eine Finanzierung durch den Bund abgestimmt: dank dieser Resolution kann man vom Bund insbesondere eine offizielle Antwort erwarten.

Die interparlamentarische Kommission heisst die Resolution einstimmig gut; diese hat folgenden Wortlaut: «Die Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Westschweiz und der FH-GS, die am 25. April 2005 tagte, verlangt vom Bund, dass er die Studienkosten für im Ausland wohnhafte Studierende an den FHS übernimmt».

Diese Resolution wird am 3. Mai 2005 an A.-C. Lyon, Präsidentin der strategischen Ausschüsse, gerichtet mit der Bitte, sie zur sofortigen Erledigung an den Bund zu übermitteln.

Am 19. Juli 2005 stellt uns Frau Lyon die Antwort von Bundesrat Joseph Deiss zu. Zusammenfassend kann man sagen, dass Bundesrat Deiss uns mitteilt, dass er sich der Bedeutung der ausländischen Studierenden an den FHS und des wiederkehrenden Charakters der von uns aufgeworfenen Problematik bewusst ist. Zu dieser Problematik wurden bereits zwei parlamentarische Vorstösse eingereicht. Diese Frage wird bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über die Hochschulen sorgfältig behandelt.

Es bleibt uns nichts Anderes übrig, als die Diskussion über dieses künftige Gesetz abzuwarten!

Bei den Studiengängen, die die kritische Masse nicht erreichen, (das sind Studiengänge, die die vom Bund geforderte kritische Grösse nicht erreichen; der Bund macht seine finanzielle Beteiligung vom Erreichen dieser Grösse abhängig) sind Fortschritte zu verzeichnen, die sich durch die Neuorganisation der Studiengänge der Ingenieurschule Genf, insbesondere durch die laufende Zusammenlegung der Studiengänge Maschinenbau und Verfahrenstechnik, erklären. Den betreffenden Schuldirektoren gebührt unsere Anerkennung, weil sie angemessene Lösungen gefunden haben, mit denen der Verlust eines bedeutenden Know-hows verhindert werden konnte.

Voranschlag

Die grossen Linien des Voranschlags 2006 wurden uns vorgestellt und gaben zu einer ersten Diskussion Anlass, wobei die Hauptdiskussion für die Septembersitzung vorgesehen ist, wenn wir im Besitz von zusätzlichen Unterlagen und der inzwischen an die Kommission übermittelten neuesten Informationen sind.

Die Durchschnittskosten pro studierende Person verringert sich, was nach Frau Lyon bedeutet, dass die Verwaltung der Mittel verbessert wurde. Sie wiederholte auch, dass die finanziellen Mittel den Schulen garantiert sind.

4. Sitzung vom 5. September 2005

Die Kommission hat den Bericht der strategischen Ausschüsse zuhanden der interparlamentarischen Kommission gemäss Vereinbarung geprüft (in der Vereinbarung wird bestimmt, dass die Staatsräte jedes Jahr einen Bericht ausarbeiten, der der Kommission unterbreitet wird; die Kommission arbeitet ihrerseits einen Bericht aus, wie Sie jetzt einen in den Händen halten). Um zu verhindern, dass die Grossrätinnen und Grossräte der sechs Kantone überlastet werden, wird dieser gut durchdachte Bericht (aufgebaut nach einer Struktur, die Jahr für Jahr übernommen wird, damit man Vergleiche anstellen kann) nicht allen zugestellt; er steht jedoch in den Sekretariaten der Grossen Räte den Grossrätinnen und Grossräten zur Verfügung, damit diese ihn einsehen oder Kopien davon machen können.

Frau Lyon weist auf die Schwerpunkte hin:

- a) Eine der grössten Arbeiten, die 2004 verwirklicht wurden, ist die gegenseitige Angleichung der Strukturen der Fachhochschule Westschweiz und der FH-GS; sie erforderte eine bedeutende Rationalisierung und die Zusammenlegung der Mittel. Ziel ist es, dass beide

- von einer einzigen interkantonalen Vereinbarung geregelt werden und unter einem Namen auftreten: Fachhochschule Westschweiz.
- b) An den FHS sind mehr als 10'000 Studierende eingeschrieben; es ist dies das Ergebnis grosser Anstrengungen, insbesondere bei der Qualität.
 - c) Die FHS hat sich, wie beim Bund angekündigt, in Bereichen organisiert, in denen die Ingenieurwissenschaften, die Wirtschaft und Dienstleistungen und das Design zusammengefasst werden. Dazu kommen die Bereiche GS.
 - d) Die Fachhochschule Westschweiz arbeitete auch an der Verwertung der angewandten Forschung und Entwicklung (aF&E), an der Entwicklung des Fonds für Praxisausbildung in den Bereichen Gesundheit und Soziales und an der Umsetzung des Bologna-Systems.
 - e) Im Allgemeinen waren die Schulen sehr damit beschäftigt, einerseits einen qualitativ hoch stehenden Unterricht anzubieten und andererseits die aF&E auszubauen.

Rechnung 2004

Nach der Präsentation von Thierry Bregnard und angesichts des Umstandes, dass die Rechnung schon in der Sitzung vom 25. April diskutiert wurde, hat die Kommission die endgültig abgeschlossene Rechnung zur Kenntnis genommen.

Was das Betreuungsverhältnis der Studierenden anbelangt, scheint der Unterschied zwischen den FHS und den Universitäten laut gewissen veröffentlichten Daten beträchtlich zu sein. Man muss wissen, dass die gegenwärtig veröffentlichten Vergleiche nicht auf denselben Kriterien beruhen und dass die Fachhochschule Westschweiz einen Vergleich mit der Universität Lausanne angestellt hat, die sich bereit erklärt hatte, an diesem Vergleich mitzumachen. Schliesslich hat sich der Unterschied angesichts aller Kriterien stark vermindert. Frau Lyon hat beantragt, dass dieser Bericht der Kommission für eine nächste Sitzung abgegeben wird.

Das Problem des internationalen Austauschs wurde angesprochen. Das Bundesgesetz schreibt den FHS vor, Nachdiplomstudien zu organisieren.

Fragen nach den "entsandten und aufgenommenen" Studierenden wurden beantwortet. Für die FHS wählt man das Kriterium des Wohnsitzes am Anfang des Studiums, während die Universitäten den Zeitpunkt, in dem das Maturitätszeugnis ausgestellt wird, berücksichtigen.

Nach einer interessanten Diskussion hat die Kommission die Rechnung 2004 zur Kenntnis genommen.

Finanzplanung und Voranschlag 2006

Die Finanzplanung geht nicht über das Jahr 2008 hinaus, da es noch viele Unbekannte gibt, insbesondere was die Finanzierung durch den Bund anbelangt.

M.-A. Berclaz versichert, dass keine Absicht besteht, die Studiengebühren kurzfristig zu erhöhen, weder bei der Fachhochschule Westschweiz noch bei den übrigen FHS in der Schweiz.

Die Kommission hat die Finanzplanung und den Voranschlag 2006 zur Kenntnis genommen.

5. Schluss

Zwei Jahre nach der Einführung muss man anerkennen, dass die Arbeit, die in dieser Zeit von den Mitgliedern der interparlamentarischen Kommission geleistet wurde, mit grossem Aufwand verbunden und interessant ist. Am Ende meines zweijährigen Präsidiums möchte ich allen danken, die an dieser neuen interkantonalen Arbeit, die eine gute Zusammenarbeit zwischen den Kantonen verspricht, mitgemacht haben.

Die Kommission beantragt den Parlamenten der Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg, Wallis und Waadt, den Jahresbericht der strategischen Ausschüsse der Fachhochschule Westschweiz und der FH-GS zur Kenntnis zu nehmen.

Renens, den 26. September 2005

Anne-Marie Depoisier

Grossrätin des Kantons Waadt
Präsidentin der interkantonalen Aufsichtskommission
über die Fachhochschule Westschweiz und die FH-GS